



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

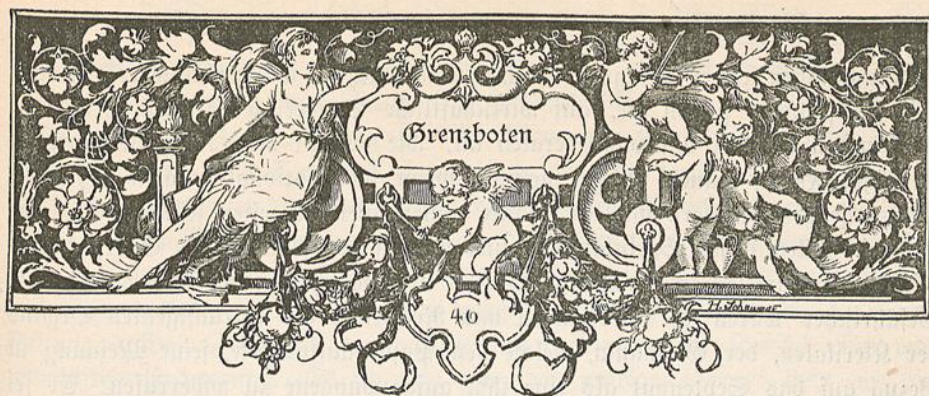
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Opposition während und nach der letzten Reichstagsession.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Opposition

während und nach der letzten Reichstagsession.



Bei dem demnächst bevorstehenden Beginn der zweiten Session des Reichstages erscheint es umso angemessener einen Rückblick auf die erste Session mit Hervorhebung des Verhaltens der Opposition zu werfen, als es wahrscheinlich ist, daß dieser erste Teil der Legislaturperiode nur die einleitenden Akkorde abgegeben hat für das Konzert, welches im zweiten Teile aufgeführt werden wird.

Eröffnet wurde der Reichstag am 3. März. Er war stark genug für diese Eröffnung. Da nun bis zum 1. April das Budget erledigt sein mußte und da die Heeresvorlage drängte, so war es dem Kaiser nur zu danken, daß er nicht mit der Eröffnung bis zum 15. März, bis nach der Erledigung der Stichwahlen, wartete. Natürlich war das der schwarzroten Verbrüderung un-gelegen; Windthorst wollte über vorzeitige Reichstagsöffnung eine Zänkereifanfänger, fiel aber gegenüber der reichstreuen Majorität gründlich durch. Sein Einwand, der Reichstag sei, so lange die Stichwahlen noch nicht beendet seien, noch nicht vorhanden, war gar nicht ernst gemeint; er hätte sich sonst an keiner einzigen Handlung dieses Reichstages beteiligen dürfen und mit seinen Scharen den Saal verlassen müssen. Er wollte aber nur eben stänkern. Mit demselben ungünstigen Erfolge setzte er seine Hemmschuhpolitik fort, als die Beratung der Heeresvorlage auf den 7. März angesetzt wurde. Er bekam, was er verdiente, mankehrte sich nicht an seinen Widerspruch. „Mächtig segelte der neue Reichstag, die reichstreue Nationalflagge an seinem Mast, die Heeresvorlage am Bord, dem Septennatshafen zu,“ schnell, freudig, einmütig, wie die Thronrede es gehofft hatte. In der neuen Lage sich zu bescheiden, fiel natürlich Freisinn und

Ultramontanen schwer genug; sie machten denn auch die wunderlichsten Kapriolen. Die Freisinnigen fingen an, auf wirtschaftliche Sonderinteressen zu spekuliren; sie klopfen bei den Nationalliberalen an, wie es mit dem Reichssteuerprojekt aussähe; Herrn Hänel's Blatt meinte, wenn die Nationalliberalen sich ihrer Vergangenheit erinnern wollten, sollte ihnen viel vergessen sein — eine alte Vitanei. Allen diesen Spekulationen und andern der Art auf die Eifersucht der nationalen Parteien schnitt Kardorff's Rede von vornherein den Lebensfaden ab. Gefährlicher waren die Drohungen und Rohheiten des intransigenten Organs der Klerikalen, der Germania, welche den Papst aufforderte, seine Meinung in Bezug auf das Septennat als eine ihm aufgezwungene zu widerrufen. Er sei in der Lage von Pius VII., Paschalis II. und Clemens XIV. gewesen „und Paschalis II. und Pius VII. hatten das große Glück, durch eignen Widerruf ihrer für die Kirche abträglichen und gefährlichen Handlungen den Fehler gut zu machen. Clemens XIV. starb leider darüber hinweg.“ Leo XIII. war also gewarnt; er sollte wissen, daß ihn unter Umständen das Schicksal Franchis, seines so plötzlich verstorbenen, dem Frieden geneigten Staatssekretärs, erwartete.

Wie unverföhnlich der böshafte Gegner des deutschen Staates, Windthorst, in seinem Hass gegen Bismarck und das protestantische Kaiserhaus ist, zeigte er, als im preußischen Herrenhause die kirchenpolitische Novelle Aussicht hatte, angenommen zu werden, womit dem Kulturkampfe ein Ende gesetzt zu werden schien. Da veröffentlichte er in der Germania eine Denkschrift, durch die er vor der Öffentlichkeit Stellung nahm, ehe der Gesetzentwurf vor das Abgeordnetenhaus gelangte. Er besprach darin die einzelnen Artikel des Entwurfes und kam zu dem Ergebnis, daß dieser „in keiner Weise als eine abschließende Revision der Kulturkampfgesetzgebung betrachtet werden könne.“ Wenn der Artikel zur Regelung der Anzeigepflicht zur Annahme gelangte, so wären wir damit genau wieder auf dem Punkte angekommen, „von wo die Kulturkampfgesetzgebung im Jahre 1873 ihren Ausgang genommen hatte.“ So war der böse Dämon, den Deutschland in Windthorst hat, eifrig bemüht, der Verständigung und dem Frieden zwischen Staat und Kirche entgegenzuarbeiten. Die ganze Kritik der Denkschrift war zur Aufregung des katholischen Volkes bestimmt. Noch kurz vorher bei Beratung des Kultusetats hatte Windthorst erklärt, das Zentrum würde angesichts der schwebenden Verhandlungen die kirchenpolitische Frage jetzt nicht erörtern. Nun, als die Dinge sich zur Entscheidung zuspitzten, trat er aus der Zurückhaltung plötzlich heraus und begann nicht bloß gegen den Staat, sondern gegen die Kurie selbst die neue Heze. Derselbe welfische Agent, der jahrelang vom Kulturkampf gelebt, dem katholischen Volke von „direkter Verfolgung“ immer vorgepredigt, es bis zum „Anirischen des inwendigen Menschen“ aufgereizt hatte, wollte das Ende des Kulturkampfes mit allen Mitteln aufhalten; die welfischen Ziele verlangten das.

Auch die Freisinnigen stimmten mit ein in den ultramontanen Klagegesang über die Erweiterung der Macht des Staates. Es war rührend, wie die Volkszeitung für die Stärkung der klerikalen und päpstlichen Macht in die Schranken trat. Indessen, die Freisinnigen langten auch nach einer andern Seite aus, indem sie den Nationalliberalen schöne, zärtliche Worte ins Ohr bliesen. Nach Miquels erster Rede über die Reichseinkommensteuer, in welcher er damit einen Fehler gemacht hatte, daß er dem freisinnigen Projekte viel zu viel Ehre anthat, indem er es ernst nahm, schrieb Hänel's Blatt, die Kieler Zeitung: „Das Finanzprogramm Miquels verdient ohne Zweifel eine vorurteilsfreie Erörterung. Es ist nicht ganz das unsrige, aber es steht uns viel näher als das der Konservativen und Agrarier.“ Herr Hänel fand überhaupt, daß die Freisinnigen den Nationalliberalen viel näher stünden als ihren bisherigen Freunden, den Ultramontanen, natürlich, da ihm ein Ministerium Bennigsen-Miquel „nur eine Frage der Zeit zu sein schien,“ das dann „der äußersten Rechten einfach auf Gnade und Ungnade überliefert sein würde, wenn es sich nicht auch noch auf einen außerhalb der nationalliberalen Partei stehenden unabhängigen linken Flügel stützen könnte.“ So außerordentlich besorgt war das Organ Herrn Hänel's für den Bestand des zukünftigen Ministeriums, das sich auf den „linken Flügel stützen“ soll. Mit den Ultramontanen ist es nichts gewesen; sie haben zu den zweiunddreißig Mann vom Fortschritt, von denen siebzehn durch Mithilfe der Sozialdemokraten durchgebracht wurden, allerdings noch etliche liefern helfen, wie z. B. den tapfern Bamberger; aber der gute Deutsche will doch schließlich von der schwarzroten Verbrüderung zu wenig wissen, als daß man das Spiel fortzusetzen wagen könnte. Aber die Nationalliberalen, vielleicht gehen sie wieder, wie zu Baskers Zeiten, auf den Seim!

„Wir haben schon früher ausgeführt — schrieb das Organ des Herrn Hänel —, daß die nationalliberalen Parteiführer auch ihren Blick in die Zukunft gerichtet halten werden.“ Bei diesem Blick in die Zukunft wird man den Vertreter der „großen liberalen Partei“ schon verstehen, wenn er prophezeit, „daß die Bahnen für eine maßvolle liberale Politik in absehbarer Zeit wieder frei werden können.“ Herr Hänel hält gewiß seine Politik, wie sie sich z. B. bei der Frage über den zweiten Direktor im auswärtigen Amte und bei der Polendebatte gezeigt, für ebenso „maßvoll“ als „wirklich liberal.“ Und so wurde denn jede Gelegenheit benützt, um sich an die früher so sehr verhöhnten und verworfenen Nationalliberalen heranzuschlängeln. Der Großherzog von Hessen hatte einem nationalliberalen Wahlausschuß auf die Meldung von günstigem Ausfall der Wahlen zurücktelegraphirt: „Freue mich, daß ihre Bemühungen mit Erfolg gekrönt, . . . jetzt gilt es, sich wieder mit den Wählern der andern Parteien zu veröhnen.“ Den letzten Satz druckt die Kieler Zeitung eiligst mit fetten Buchstaben nach. Vor einem Monat hatte die Volkszeitung, die schöne Schwester der Kielerin, den Nationalliberalen die Aussicht gemacht,

im Wahlkampfe als Cartellbrüder der Reaktionären „mit blutigen Köpfen heimgeschickt zu werden.“ Nach den Wahlen gab dasselbe Organ für jedermann aus dem Volke den deutschen Arbeiter für die „bürgerliche Demokratie“ verloren, dagegen sollte sich Ersatz dafür in der arbeitenden Bevölkerung des platten Landes bieten, „die keine grimmigeren Feinde habe als die, welche sich so gern als ihre natürlichen Beschützer und Vormünder aufspielen.“

So warf man nach verschiedenen Seiten die Angel aus, aber ihr möglichstes versuchten, wie gesagt, die Freisinnigen, um sich den vorher so verachteten und mit Füßen getretenen Nationalliberalen als beste Freunde zu empfehlen. Sie spekulirten auf jedes Anzeichen von einem möglicherweise eintretenden Risse der regierungsfreundlichen Parteien. Man wollte gar zu gern die Nationalliberalen herüberlocken. „Wir hoffen — schrieb Herrn Hänel's Blatt am 29. März —, daß die gegenseitige Anziehungskraft (des Zentrums und der Konservativen) alle Hindernisse überwinden und schließlich zu einer Verschmelzung führen wird. Erst wenn das geschehen wird, haben wir eine Hoffnung, daß auch die liberalen Kräfte im Parlament sich wieder zu planvollem Wirken zusammenfinden. Daß dies schließlich geschehen wird, bezweifeln wir nicht einen Augenblick.“ Die Nationalliberalen werden gegenüber solchen Lockrufen zur Bildung der „großen liberalen Partei“ daran denken müssen, daß „die gegenseitige Anziehungskraft“ zwischen Zentrum und Freisinn bisher noch ein gut Teil stärker gewesen ist, als zwischen Zentrum und Konservativen, und zwar ganz naturgemäß, da „das planvolle Wirken“ derer vom Fortschritt vor allem darin bestand, das Wirken des Reichskanzlers unwirksam zu machen. Auch wehte, nachdem die Nationalliberalen sich wohl gehütet hatten, sich aufs neue umgarnen zu lassen, gar bald eine ganz andre Luft. Wenn verlautete, daß eine Anzahl derselben der Beseitigung des Sozialistengesetzes unter entsprechender Verschärfung der Preß-, Vereins- und Strafgesetzgebung geneigt sei, so konnte man deshalb wohl erwarten, auch die Freisinnigen mit für den Plan eintreten zu sehen, weil Herr Hänel als Vertreter der Fortschrittspartei dereinst bei der ersten Beratung des Sozialistengesetzes erklärt hatte, lieber eine Verschärfung des gemeinen Rechts, als ein Ausnahmegesetz gegen die arbeitenden Klassen in Kauf nehmen zu wollen, und einen dahin gehenden Antrag gestellt hatte. Wenn jetzt nun von national-liberaler Seite dieses „Ziel der Zukunft“ ins Auge gefaßt wurde, so sieht der edle Fortschritt nach der Volkszeitung vom 27. September darin einen Beweis, „wie sehr jede auch aus ehrenwerten Absichten entspringende Verührung mit dieser Gesellschaft vermieden werden muß.“

Hatte der Fortschritt nicht lange vorher in den Klagegesang Windthorst's mit eingestimmt über Erweiterung der Macht des Staates, so wurde nun zur Abwechslung die Ausöhnung mit dem Papste als Stärkung der katholischen Kirche bejammert. Daß diese Stärkung auf das Konto des Fortschritts zu schreiben ist, kommt den freisinnigen Herren gar nicht in den Sinn. „Durch

den Kulturkampf ist die katholische Kirche in Deutschland ungemein gestärkt worden, und durch die Art, wie dieser Kampf, ohne daß irgend ein Zweck durch ihn erreicht war, plötzlich abgebrochen wurde, und wie er jetzt beendet wird, muß sie noch viel mehr gekräftigt werden.“ Ganz recht, nur hätte das Kieler Fortschrittsblatt nicht bereits im Jahre 1874, als Bismarck scharf im Kampfe gegen den Papst stand, finden sollen, daß im Kulturkampfe doch zu viel Kraft aufgebracht werde. Diese klugen Politiker meinten damals gelegentlich: wenn man reale Politik treiben wolle, so müsse man die Hilfe nehmen, woher man sie bekommen könne. Und so fing der Fortschritt an, zuerst unter allen Parteien mit dem Zentrum zu buhlen. Diese „reale Politik“ hat den Kanzler schließlich genötigt, sich mit dem Papste auszuöhnen.

Es mag nun noch etwas näher auf das Treiben der Opposition außerhalb des Reichstages während dieser Zeit eingegangen werden, weil es uns zeigt, wie richtig das deutsche Volk am 21. Februar geurteilt hat, wenn es dem Fortschritt seine Mandate entzog. Und da kommen wir auf das Verhalten wenigstens eines Teiles der freisinnigen Presse in dem Fall Schnäbele zu sprechen, welches zeigte, wie jeder Gegner Deutschlands bei freisinnigen Blättern auf ein gewisses Wohlwollen rechnen kann. Die Verhaftung des französischen Polizeikommissärs war gerichtlich beschlossen worden; die deutschen Behörden hatten sich ohne Zweifel Beweisstücke für seine Schuld verschafft, und zwar überzeugende Beweisstücke; die deutschen Beamten, welche mit der Verhaftung beauftragt waren, hatten sich tadellos benommen; sie hatten sich von jedem Übergriff fern gehalten; die Anklage selbst bezog sich auf Beteiligung an landesverräterischen Umtrieben. Gleichwohl ließ sich bei einer solchen Sachlage die Bossische Zeitung nicht abhalten, mit ihren Mitteilungen aus sogenannten Privatnachrichten aus Frankreich Partei zu nehmen für Schnäbele gegen die deutsche Regierung und den Chor der englischen und russischen Heßstimmen zu verstärken. Die französische Presse fand das sehr schön, der Pariser Constitutionnel zollte den Berliner Demokraten seinen Beifall in folgender Weise: „Es ist hocherfreulich, daß die demokratische Presse in Deutschland immer wieder scharf gegen die Regierung des Herrn von Bismarck losgeht, weil dieser fortgesetzt Frankreich in unqualifizirbarer Weise herausfordert und vergewaltigt.“ In dieser Schnäbelegeschichte erscholl eine geradezu betäubende Musik deutschfeindlicher Zeitungsstimmen aller Länder; da durften doch die fortschrittlichen nicht ganz fehlen.

Nun erschien das Ministerium Rouvier. Es kam nur zu stande dadurch, daß Boulanger nicht wieder als Minister angenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit ließ sich Eugen Richters Zeitung in folgender Weise aus: „Boulanger, der französische Kriegsminister, ist in der abgelaufenen Woche von der politischen Bildfläche, fast könnte man sagen sang- und klanglos, verschwunden; aber das Produkt der Angst vor Boulanger, die gegenwärtige Reichstagsmehrheit in

Deutschland, ist geblieben und wird auch noch bis 1890 bleiben. Herr Boulanger ist gegangen, aber das neue deutsche Septennat besteht fort." Es bedarf nicht des Hinweises auf die sechzehn Regimenter, darunter vierzehn neu gebildeten, die jüngst wieder zur Verstärkung der Besatzungen an die deutsche Grenze gelegt worden sind, um zu sagen, daß ärgeres als solche freisinnige Sprache auch ein französisches Revancheblatt dem deutschen Reichstage und dem deutschen Volke nicht an den Kopf werfen kann. Wie denken doch diese Deutschfreisinnigen von ihrem deutschen Volke, sobald es nicht auf ihre Lockstimme hört!

Im übrigen ließen trotz des deutlichen Urteils, das durch die Wahlen über sie gesprochen worden war, die Freisinnigen nicht von den aufdringlichsten Versuchen ab, immer wieder den Wählern beweisen zu wollen, wie unrecht diese gehabt hätten, sie in die Minderheit zu verweisen. Da war denn die Ablehnung des Septennats richtig, das sollte der Sturz Boulangers zeigen; daß die friedlichere Lage ganz allein herbeigeführt worden war durch die Mehrheit des neuen Reichstages, verschwiegen die freisinnigen Fälscher. Auch mit ihrem Verhalten in der Polenausweisungsfrage waren sie im Rechte; das sollte der russische Immobilienkass zeigen, wenn auch die Polenausweisungen mit dieser Maßregel gar nichts zu thun haben. Das freisinnige Verhalten in der Kolonialpolitik war richtig, denn die kolonialen Versuche hatten nach zwei Jahren noch keinen greifbaren Vorteil; der Widerspruch gegen die Unterstützung der Dampferlinie war begründet, denn der Weg des Reichspostdampfers nach Asien über Triest erwies sich lohnender für die Engländer als für die Deutschen. Vor allem fühlte Bamberger bei der Debatte über Abänderung des Reichspostdampfergesetzes bezüglich der Richtung über Triest wieder einmal das Bedürfnis, der Nation darzuthun, daß seine Feindschaft gegen die Hebung des deutschen Handelsverkehrs immer noch fortbestehe. Besonders aber sollte die Opposition des Freisinn gegen die Branntweinsteuererhöhung eine volkserweckende That sein; wenn der Schnaps teurer wird, so muß der kleine Mann, der schon so viele male durch die Kornzölle zu Grunde gegangen ist, noch einmal zu Grunde gehen. Kurz, die großen Propheten des Freisinn, der edle Richter und der Volksfreund Bamberger, haben immer Recht gehabt, und das dumme Volk, das von ihnen nichts mehr wissen will, hat Unrecht.

Dabei gaben sich die Fortschrittmänner alle mögliche Mühe, glücklicherweise vergebens, das Defizit in den Staatskassen aufrecht zu erhalten; daher ihr Versuch, den Kaffeecoll aufzuheben. Es wird eben die Popularitätshascherei fort und fort als bestes Stück ihrer Staatskunst betrieben. Daß der Kaffeecoll nur von den Kaufleuten eingesteckt würde, wäre ihnen gerade recht; der Staat könnte immerhin um die fünfzig Millionen gebracht werden. Was schadet das? Durch die Beseitigung dieses Zolles würden doch dem Reiche die Mittel für die Altersversorgung der Arbeiter entzogen. Wenn man nun das sogar unter der Firma „Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter“ kann, was ist da für

ein besseres Agitationsmittel zu haben, als der Ruf: Weg mit dem Kaffeezoll! Das ganze Verhalten der Freisinnigen in der Debatte über die Branntweinsteuervorlage zeigt den unwürdigen und lügenhaften Charakter der Partei. Seit vielen Jahren, sobald andre Steuergesetze dem Reiche vorlagen, wies gerade diese Partei darauf hin, daß der Branntwein bluten müsse. Mit dem Pathos sittlicher Entrüstung, worin sie so Großes leisteten, werfen sie dem Bundesrat vor, er wolle nur aus Schonung der kartoffelbrennenden Großgrundbesitzer der östlichen Provinzen den Branntwein nicht zur Steuererhöhung benutzen. Nun, da er als Steuerobjekt zur Bestreitung unbedingt notwendiger Reichsausgaben und zur Abstellung der Defizitwirtschaft aufgestellt wurde, gingen die Freisinnigen mit den unwürdigsten Angriffen besonders gegen die Nationalliberalen, die an Lakaiengefömmung das Äußerste leisteten sollten, bis zu dem Grade von Böswilligkeit vor, daß sie das Fuselöl für unschädlich erklärten. Und wie sprachen sie! Zwischen Rickert und Richter und den Sozialdemokraten, die sich in die Ehre teilten, die Branntweinsteuervorlage zu bekämpfen, war so wenig Unterschied, daß die drei in der gleichen Phraseologie des Agitators aufgingen, einer Phraseologie, die in ihrer Leerheit und Blöde sich um so widerwärtiger zeigte, je mehr die Redner der staatserkhaltenden Parteien, sowohl die Konservativen als die Nationalliberalen, mit der Beherrschung des Stoffes eine überaus treffende und edle Sprache verbanden. Mirbachs und Miquels Reden waren und wirkten überzeugend. Vom Zentrum stimmten nur wenige mit Windthorst; dieser und seine Welfen standen mit Freisinn und Sozialdemokraten in Gemeinschaft gegen die Vorlage. Aber die Mühle der Firma Windthorst-Richter-Grillenberger konnte nur noch mühsam klappern. Auf wen soll auch noch, und wäre es der beschränkteste politische Verstand, eine solche Gaukelei Eindruck machen! Das Reich bedarf ein Plus von achtzig bis neunzig Millionen für seine Einnahmen; die mag es, wenn es nun einmal nicht anders geht, aus dem Branntwein erhalten; dafür soll es aber fünfzig Millionen aus dem Kaffee verlieren! Das sind keine Männer mehr, die solches Spiel treiben, das sind Jungenstreiche. Eine ehrliche Partei, wenn sie einmal im Kampfe unterliegt, kann tröstlich zu sich sagen: „Wir sinken, mutige Fechter — Ermattet im heißen Strauß — Es kommen neue Geschlechter — Und fechten ihn ehrlich aus.“ Aber den Störenfried weist jeder wohlmeinende Mann fort von seiner Hausthür.

Die nationale Zuverlässigkeit des in diesem Reichstage nun vollends welfisch-intransigent-ultramontan gewordenen Freisinn trat in ihrer ganzen Glorie bei der Debatte über den Gesetzentwurf von Elsaß-Lothringen betreffend die Ernennung und Besoldung der Bürgermeister und Beigeordneten hervor. Der Entwurf verlangte weiter nichts, als was bis zum 22. Juli 1870 geltende französische Gemeindegesetzgebung gewesen war. Von Seiten des Reichs kam es darauf an, die Gefahr zu beseitigen, daß in den Gemeinderat die erbittertsten

Feinde der deutschen Herrschaft gelangten. Die protestlerischen elsaß-lothringischen Abgeordneten benutzten die Redefreiheit zu so herausforderndem Auftreten, daß der Abgeordnete v. Kardorff der Entrüstung aller deutsch fühlenden nur einen mäßigen Ausdruck gab, als er die Herren Elsaß-Lothringer ersuchte, im deutschen Reichstag einen etwas bescheidneren Ton anzuschlagen. Und was thaten die Herren vom Freisinn? Bei den größten Angriffen gruppirten sie sich bravorufend um die deutschfeindlichen Redner und spendeten zusammen mit denen vom Zentrum, die Windthorst noch beherrscht, den Feinden Deutschlands den lautesten Beifall. Darunter sind manche, die sonst jede Gelegenheit benutzen, um sich als sehr deutsch und gut kaiserlich aufzuspielen. Mögen etliche dieser Freisinnigen auch jetzt noch bona fide meinen, die echten Deutschen zu sein, aber Eugen Richter und seine eigensten Leute stimmen ihre Geige nach dem Tone, den Windthorst angiebt und der nach der Melodie geht: „Bismarck kann mich nicht ärgern, ich aber ärgere Bismarck.“ Eine prächtige Gesellschaft!

Auch Windthorst spielte meist eine traurige Rolle. Bezeichnend genug für die Stellung dieses guten Reichsfreundes war es noch zuletzt, daß er notgedrungen für das Branntweinsteuergesetz stimmte. Der Riß wäre sonst gar zu sichtbar gewesen, der ihn von der Mehrheit seiner Partei trennte. Gegen den entscheidenden Paragraphen hatte der Welfe gestimmt, gegen das ganze Gesetz wagte er nicht zu stimmen; er machte nur seine „schweren Bedenken“ geltend. Da aber das eigentlich „schwere Bedenken“ von ihm doch nicht gesagt werden konnte, nämlich dies, daß der finanziellen Schwäche des Reichs mit einem Schlage ein Ende gemacht wurde, so legte er sich auf seinen Beruf, zu stänkern. Diesmal suchte er die Süddeutschen gegen das Reich aufzuheizen. Da mußte er sich von dem Vertreter Baierns beim Bundesrat sagen lassen, daß er gar nichts anderes bezwecke, als Mißtrauen zu säen. Als Herr von Lerchenfeld-Röfering ihm die Pille etwas versüßen wollte und unter Lachen der Rechten und der Nationalliberalen seine Überzeugung aussprach, daß der Herr Abgeordnete Windthorst „nur Gutes bezwecke,“ gab Herr Windthorst sofort eine Probe dieses „Guten“ damit, daß er als die Bestrebung der Reichsregierung ausgab, „die Selbständigkeit und Initiative der einzelnen deutschen Regierungen zu schwächen.“ Indes steht doch so viel fest, daß Herrn Windthorst in dieser Session das Handwerk, das Reich zu schädigen, wenigstens für sein Wirken im Reichstag, gründlich gelegt worden ist; seine Stellung im Reichstage war bisher eine völlig machtlose, bisweilen sogar unwürdige, wenn man erwägt, daß es ihm nicht einmal gestattet war, bei der Hauptvorlage nach seinem Herzen abzustimmen, geschweige denn wie früher den deutschen Reichstag zur Versuchstation für welfische und ultramontane Experimente zu machen.

So haben denn Zentrum und Deutschfreisinn in diesem Reichstag ihren staatsfeindlichen Bestrebungen keinen schädlichen Ausdruck geben können. Unsrer auswärtigen Feinde, die unsre Kraft darnach bemessen, ob wir einig sind oder

nicht, haben sehr rasch ihre drohende Stellung aufzugeben für ratsam gehalten, eine Sache, die recht deutlich zeigt, welch schädliches Beginnen die freisinnig-
klerikalen Bestrebungen, die in der Verwerfung des Septennats gipfelten, gewesen
sind. Es giebt ja im Deutschfreisinn eine Anzahl Persönlichkeiten, die nicht
wissen, was sie damit thun, daß sie die Gefolgschaft Richters bilden und von
denen das Wort gilt: Sie vos non vobis vellera fertis oves. Aber das hilft
dem Vaterlande nichts. Ihre Partei war das zersetzende Element im deutschen
Reiche; ihre Kunst bestand darin, alles, was staatsfeindlich war und ist, um
sich zu schaaren. Glücklicherweise haben wir Männer an der Spitze, die sich
durch doktrinäre Spitzfindigkeiten so wenig mürbe machen lassen, wie durch je-
suitische Bosheit. Mit ihnen zu wirken hat der neue Reichstag als seine
Pflicht erkannt, die ihm vom deutschen Volke auferlegt war. Der Dank, den der
Kaiser der scheidenden Versammlung am Schlusse der ersten Session für erfolg-
reiche Thätigkeit aussprechen ließ, war wohlverdient. Möge solches Zusammen-
wirken von Reichstag und Reichsregierung auch fernerhin bleiben! Dann wird
der Stern Deutschlands leuchten, auch wenn das Unwetter kommt.

Werfen wir nun noch einen kurzen Blick auf die Zwischenzeit. In dieser
wurde von der freisinnigen Presse alles zur Anklage gegen die Regierung benutzt,
was Staub aufwirbeln konnte. So der Fall Hinzé. Herr Hinzé war durch
ehrengerichtlichen Spruch zum Verlust der Uniform und seines militärischen
Charakters verurteilt worden. Er war ein durch dieses Urteil hart getroffener
Mann, ohne Frage. Aber der Freisinn stellte ihn als ein Opfer politischer
Verfolgung hin, und das war er nicht. Seine fast gewerbsmäßige Agitation,
sein Appell an die studirende Jugend zum Zusammengehen mit den sozial-
demokratischen Bestrebungen, sein nicht offiziermäßiges Verhalten in dem Fockel-
schen Falle mußte es doch auch für andre als militärische Kreise sehr fraglich
erscheinen lassen, ob dies alles das Verbleiben des Herrn Hinzé im Offizierstande
noch länger ermöglichte. Das Urteil der militärischen Kreise ging dahin, daß er
von Glück zu sagen habe, daß ihn sein Schicksal erst jetzt erreiche. Aber mag
dem sein, wie ihm wolle, das, wogegen man sich mit allem Ernste erklären muß,
ist, daß auch in diesem Falle die freisinnige Presse sich nicht auf eine sachliche
Kritik der Entscheidung beschränkte, sondern die Unparteilichkeit des Gerichts in
Frage zog. Die freisinnige Presse befolgte hier dieselbe Methode, die sie gegen
das Reichsgericht befolgt hatte, als es gegen Mundel entschied.

Gegen Bismarcks großes Werk der Sozialreform wurde von der Partei,
die schlechterdings nichts vonseiten des Staats, d. h. überhaupt nichts Zuver-
lässiges und Nachhaltiges für die Arbeiter thun will, wie schon früher, so jetzt,
wo sich um den wichtigsten Teil handelte, um die Alters- und Invaliden-
gesetzgebung, auf die thörichteste Weise gehezt. Es verlautete, daß die Grundzüge
dazu bereits im Reichsamt des Innern fertig seien. Die Grundlage für die
Altersversicherung sollte ein niedrigster Rentensatz von 120 Mark sein; zum

Versicherungsbeitrag sollte das Reich ein Drittel, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer je drei Mark beisteuern. Daneben sollte auch ein höherer Rentensatz ins Auge gefaßt werden können, sobald eine Berufsgenossenschaft einen höhern Beitrag liefern wollte und könnte. Auch über Witwen- und Waisenversicherungen waren in Betreff des künftigen Gesetzentwurfs Andeutungen in die Öffentlichkeit gelangt. Es waren alles nur Andeutungen, aber sie genügten der freisinnigen Presse, um von vornherein die in Aussicht gestellten Leistungen zu verwerfen; man suchte sie lächerlich zu machen. Daß der alte Arbeiter in den allermeisten Fällen bei seinen Angehörigen eine gern bereitete Stätte finden wird, wenn er auch nur 120 Mark für das Hauswesen zuschießen kann, wissen die freisinnigen Herren, die meist auf hohem Pferde sitzen, freilich nicht. Darum konnte sich Herr Richter erlauben, sich in der Freisinnigen Zeitung über die Geringsfügigkeit der Wohlthaten lustig zu machen. „Ein solcher Reichsrentner — sagte er — wird zu wenig zum Leben und auch nicht zu viel zum Sterben übrig haben.“ Gar nichts scheint dem Herrn besser zu sein. Außerdem wurde das Mögliche von Gehässigkeiten durch die freisinnigen Zeitungen geleistet. So hatte der Staatsminister von Bötticher sich gegen das in die Kunstbuttergesetzgebung hineingebrachte Verbot der Mischbutter ausgesprochen; der Bundesrat nahm aber doch das Kunstbuttergesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung an; auch Bismarck entschied sich dafür, daß der preußische Bevollmächtigte für das Gesetz, d. h. für das gänzliche Verbot des Verkaufs von Mischbutter stimmte. Was das Richtige ist, muß hier schlechterdings erst die Erfahrung lehren. Es kann der Reichstag Recht haben, da das gänzliche Verbot die Ehrlichkeit im Handel und Wandel entschieden fördert; es kann auch Minister von Bötticher Recht haben, wenn er meint, eine strenge Durchführung des Gesetzes sei nicht möglich, der eine könne wegen derselben Handlung bestraft werden, der andre frei ausgehen. Also die Erfahrung muß erst hier das bessere lehren. Nun war es selbstverständlich, daß Bötticher seinen Sommerurlaub antrat vor der Sitzung des Bundesrats, in welcher das Kunstbuttergesetz zur Annahme kommen sollte und in welcher er die preußische Stimme hätte abgeben müssen. Jeder, der nur ein wenig Verständnis für die Lösung von derartigen Konflikten hat, sieht hier den natürlichen Weg leicht gegeben. Die Deutschfreisinnigen sprengten aber sofort, als Bötticher vor seinem Urlaub nach Friedrichsruh reiste, das läppische Gerücht aus, Bötticher sei von Bismarck sehr ungnädig empfangen worden, sein Urlaub sei nur der Vorbote seines Sturzes.

Am 23. September war das fünfundzwanzigjährige Ministerjubiläum Bismarcks. Fremdländische Zeitungen benutzten den Tag zum Ausdruck der Verehrung des Staumens vor der Genialität und gewaltigen Größe des deutschen Staatsmannes. Die Times sah in den Errungenschaften Bismarcks, der Stärke und Einigkeit Deutschlands, die sicherste Bürgschaft des europäischen Friedens. Das Wiener Fremdenblatt beglückwünschte in seinem Leitartikel „den großen

Freund Österreichs, den Mitbegründer der deutsch-österreichischen Allianz, welche den Frieden Europas wahrte," und rühmte die innere reformatorische Thätigkeit Bismarcks und seine unerschöpfliche Arbeitskraft. Und was sagten an diesem Tage deutschfreisinnige Blätter, wie die Volkszeitung? Diese sah in Bismarck „den Schnitter, der die Gedankenfaat der deutschen Demokratie mit dem rücksichtslosen Wagemut des Junkers in dichten Schwaden niederstreckte." Sie beklagte, daß das neue Deutschland nicht demokratisch, sondern „bismärckisch" geworden sei. Nun sei es thöricht, „das Urtheil der Geschichte schelten zu wollen, weil unser Gegner es kräftiger und schneller zu seinen Gunsten zu wenden gewußt, als wir." Das deutsche Bürgertum habe leider keinen Hampden und keinen Cromwell zu stellen gewußt, der dem Gegner des Bürgertums das Schicksal Straffords bereite. Nun müsse es seine Schwäche eben damit büßen, „daß in dem neuen Deutschland die Strafford und nicht die Hampden herrschen." Aber wenn er auch den geschichtlichen Erfolg habe, darum wachse Bismarck doch nicht über sein eignes Maß hinaus. „Selbst die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck, die vielgefeierte, entbehrt der schöpferischen Gedanken, welche den kleinsten Staatsmann durch einen Abgrund auch von dem größten Diplomaten scheiden." Ein Staatsmann ist also Bismarck nicht zu nennen, soweit hat er's an seinem fünfundzwanzigjährigen Jubiläum als Minister noch nicht gebracht. In der innern Politik vollends sei Fürst Bismarck nicht im entferntesten zu vergleichen mit einem Stein oder Hardenberg, mit einem Disraeli oder Gladstone oder einem Grafen Cavour, da der eigentliche Lebensodem von Bismarcks innerer Politik „das Regieren mit mechanischen Gewaltmitteln" sei. Das war deutschfreisinnige Sprache am 23. September 1887 (siehe Volkszeitung Nr. 222).

Wenn auch nicht in dem Maße, aber immer noch stark genug, wütete in dieser Sprache die politische Raserei gegen die Freunde der Regierung. Als es hieß, daß sich die Nationalliberalen mit den Konservativen über eine Verlängerung der Reichstagswahlperiode von drei auf fünf Jahre verständigt hätten, da ergoß sich auf erstere eine Flut von fortschrittlichen Schmähungen. Die Volkszeitung vom 21. September brachte einen Leitartikel „Der erste Sturm auf die Verfassung," worin sie durch die beabsichtigte Verlängerung der Gesetzgebungsperiode die Art an die Wurzel der Verfassung gelegt sah durch eine Mehrheit, die sie mit dem schönen Namen eines „Angstprodukts" schmückte, deren einziger Lebenszweck sei, „die Lasten des Volkes zu vermehren und die Rechte des Volkes zu vermindern." Jetzt werde der Sturm auf die Verfassung an dem Wahlrechte unternommen und das Volk da gezüchtigt, wo es gesündigt habe. Jetzt hätten die Wähler von Rechtswegen den Schaden dafür zu tragen, daß sie sich hätten einreden lassen, „die zur großen Haupt- und Staatsaktion aufgeblähte Septennatsfrage sei nur um ihrer selbst willen da und nicht als eine Maske für allerlei reaktionäre Schändlichkeiten." Und das sagten diese Schwäger

zu derselben Zeit, als Boulanger in seiner Rede an die Offiziere seines Armeekorps es für Wahnsinn erklärte, zu glauben, daß der Augenblick einer Entwaffnung für Europa gekommen sei, und den Krieg offen als sein Ziel wiederholt verkündete. Ganz besonders kehrt sich die Wut der fortschrittlichen Politiker gegen die Nationalliberalen. Es ist das wenigste, wenn sie einer Heuchelei bezichtigt werden, gegen deren Fäulnis der englische Cant eine edle Offenheit sei und die weder Haut noch Fleisch noch Knochen schone. Sie sind „Kautschukseelen,“ die ihre Überzeugungen mit Geschwindigkeit umkehren, sie „starren noch von Boulanger- und Melinitzschwindel,“ sie sind „Bergewaltiger der Verfassung, die bald in ihrer nackten Blöße am hellen Tage einherwandeln werden.“ Das sind so etliche Liebenswürdigkeiten des Organs für jedermann aus dem Volke. Die Nationalliberalen werden in solchen Produkten von Volksbelehrung eine Bestätigung dafür finden, daß „der Opposition jedes Gefühl für Billigkeit und Schicklichkeit abhanden gekommen ist,“ und werden in ihrer Ansicht fester bestärkt werden, „daß die Wohlfahrt des deutschen Volkes durch die allzu häufige Wiederkehr der Wahlen in hohem Grade gefährdet ist.“

Unerwartet, aber überaus freudig begrüßt von allen, denen der Friede in der Welt das höchste politische Ziel ist, war das Erscheinen des italienischen Ministerpräsidenten Crispi in Friedrichsruh. Auch hier müssen Freund wie Feind sich vor der hohen Staatskunst des mächtigen Mannes im Sachsenwald beugen. Es ist das erstemal, daß ein italienischer Minister über die Alpen gegangen ist, um dem deutschen Reichskanzler die Hand zum Bunde zu reichen. Über diesem Ereignis, das einen so freudigen Eindruck auf die friedliebenden Völker machte, verschwand auch der ungünstige Eindruck, den das fatale Ereignis an der Grenze anfangs hervorrief, als ein deutscher Jäger einen französischen Jagdtreiber erschoss. Wer etwas von den Scherereien weiß, denen unsre Grenzwächter täglich und stündlich von französischer Seite ausgesetzt sind, wer insonderheit auch die kecke Wilderei berücksichtigt, die von drüben her betrieben wird, der wird begreifen, mit welcher ungeheuern Schwierigkeit Zusammenstöße auch der schwersten Art an der Grenze zu vermeiden sind. Die Volkszeitung benutzte aber auch diesen Fall, um wenigstens mit einem gewissen Maß von Verschuldung die deutsche Regierung zu beladen. Sie knüpfte an die Äußerung der „Post,“ daß der Unglücksfall sich als eine unmittelbare Folge unsrer Einrichtung darstelle, in hämischer Weise die Bemerkung, die öffentliche Meinung, verlange, daß Einrichtungen, bei denen es möglich sei, „daß unschuldige oder doch nur mit einer geringen Schuld belastete Leute von untergeordneten Beamten oder Soldaten, welchen eine klare Vorstellung über das Maß des Verschuldens nicht innewohnt, erschossen werden können, geändert werden müssen.“ Daß es der französischen Regierung zukomme, zu allererst dem Chauvinismus zu steuern, der sich so häßlich und aufreizend an der Grenze geltend macht, dafür hat die Volkszeitung kein Wort.

Mehr Besorgnis als alle Anzapfungen der Regierung durch den Freisinn konnte der Kongreß der vereinigten Sozialdemokraten in St. Gallen erregen. Er that einen Schritt weiter vorwärts, um den sozialen Krieg und das Verderben der Völker herbeizuführen. Wenn sich auch nicht mit Bestimmtheit sagen läßt, daß die Gemäßigten der Partei von den Radikalen zurückgeworfen worden seien, weil sie durch ihre Beteiligung an parlamentarischer Arbeit die Frage der sozialen Revolution erst in zweiter Linie gestellt hätten, so wurde doch die schärfere Betonung des revolutionären Charakters der sozialdemokratischen Bewegung beschlossen. Auf die Wahlen kann das zukünftig einen großen Einfluß haben, da die Deutschfreisinnigen besonders bei den Stichwahlen durch die Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten ihre Geschäfte gemacht haben. Nur ist fraglich, ob die St. Gallener Beschlüsse im einzelnen Falle durchgeführt werden. Der Parteitag hat auch von dem künftigen Zentral-Wahlkomitee der Partei verlangt, daß es den Vielkandidaturen der einzelnen Genossen nach Möglichkeit entgentrete. Gleichwohl wurde bei den sächsischen Landtagswahlen, die am 18. Oktober vorzunehmen waren, Bebel in drei, Liebknecht in fünf Wahlkreisen aufgestellt. So ist es auch fraglich, ob das Verbot, mit andern Parteien bei den Wahlen zu gehen, d. h. gegebenen Falles den Freisinn oder die Ultramontanen zu unterstützen, ausgeführt wird. Die sozialdemokratischen Führer wissen zu gut, daß die Freisinnigen ihren Bestrebungen den Boden bereiten. Die Freisinnigen selbst waren, wie die Volkszeitung in ihrem Berichte über die St. Gallener Beschlüsse zeigt, über die Maßen entzückt, daß die Befehung der deutschen Sozialdemokraten „zur rohen Gewalt“ nicht wahr sei, und sich nur darin die schärfere Betonung der sozialen Revolution kundgegeben habe, daß die Richtung Bebel-Liebknecht auf der ganzen Linie gesiegt habe. Daß aber die Sozialdemokraten jetzt eine gemäßigtere Haltung grundsätzlich aufgegeben hätten, das sei die Frucht der staatsmännischen Thätigkeit der Freunde des Sozialistengesetzes. Sicher, dieses Völkchen mit dem Heilmittel der „freien Diskussion“ würde noch fortschwanken, auch wenn es die Hiebe der sozialdemokratischen Fäuste schon spürte. Trotz des Sieges der extremen Richtung in St. Gallen, deren Vertreter z. B. keinen Anstoß nahmen, die Thaten der Kommune selbst im deutschen Reichstage zu verherrlichen, sieht die Volkszeitung keine Spur von Befürwortung „roher Gewalt.“ Es ist eben nur die „unausbleibliche Wirkung des Sozialistengesetzes eingetreten,“ aber die sozialdemokratische Partei hat sich doch noch „innerhalb der praktisch und prinzipiell auch nach heutigem Recht zulässigen Grenzen gehalten.“ Also die Forderung der Enteignung von Grund und Boden und der sämtlichen Produktionsmittel, die Forderung, das ganze bewegliche und unbewegliche Eigentum den bisherigen Besitzern zu entziehen, liegt den Staatsmännern des Organs für jedermann aus dem Volke „innerhalb der auch nach heutigem Rechte praktisch und prinzipiell zulässigen Grenzen.“ Und mit solchen An-

sichten und deren Verbreitung will der Freisinn nicht die Vorfrucht für die Sozialdemokratie sein!

Der Caffarel-Andlau-Boulangersche Skandal giebt dem edeln „Organ“ in einem Artikel über die französischen Armeeverhältnisse Veranlassung, einen Unterschied zu machen zwischen „der plebejischen Masse“ des französischen Offiziercorps, das seit dem Kriege neugebildet worden ist, und einer „Anzahl patrizischer Überbleibsel des Kaiserreiches, einer aristokratischen Clique,“ und liefert der Volkszeitung den Beweis, „daß es nicht der volkstümliche Charakter des französischen Heerleitungswesens ist, der die soeben bekannt gewordenen Fälle von Bestechlichkeit erzeugt hat, sondern daß umgekehrt der Geist, auf dem die Armee der Republik beruht, sich gegen die faulen Überreste der Napoleonschen Wirtschaft auflehnt.“ Mit der raffiniertesten Heuchelei sucht so das freisinnige Organ Münze für die Herrlichkeit der Demokratie zu schlagen, indem sie nicht jenen Recht geben will, „die die eingeleitete rücksichtslose Untersuchung als ein Zeichen des Verfalls und der Verkommenheit“ betrachten — wer diese Leute seien, darüber schweigt das Blatt —, sondern sie will diese „rücksichtslose Untersuchung“ betrachten „als ein Zeichen eines regen, demokratischen Gemeinns.“ Und so wird denn der schmutzige Handel begraben unter dem „regen demokratischen Gemeinns,“ und auch diese Caffarelsche Geschichte muß zur Verherrlichung der Republik dienen!

Warum beschäftigen wir uns aber mit der unerfreulichen Arbeit, auf dieses Gebahren der Opposition hinzuweisen zu einer Zeit, wo der Zusammenschluß der Mittelparteien eine gemeinsame Arbeit möglich gemacht hat, wie sie fruchtbringender in den Annalen des deutschen Reichstages noch nicht dagewesen ist? Darum, weil daraus deutlich zu ersehen ist, wie das *Viribus unitis* das oberste Gesetz für die Kartellparteien bleiben muß.



Politische Zustände und Aussichten in Frankreich.

2.



Die Aufgabe Frankreichs war in der Zeit nach 1871, wie wir wiederholen, sich möglichst viele Freunde und möglichst wenige Feinde unter den Mächten zu machen und durch Stetigkeit der Regierung bündnisfähig zu werden. Das letztere ist, wie gezeigt wurde, durch den Parlamentarismus und die Selbstsucht der Parteien vereitelt, das erstere niemals im Ernste versucht worden. Keines-